Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 25 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 252. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Mittwoch, den 27. Oktober 1926

Keine Kohlennot.

Es ist ja gar nicht wahr, wie einige Ängstliche behaupten, daß wir eine Kohlennot haben, daß wir deswegen Gefahr laufen, bei Einbruch des Winters frierend am kalten Ofen zu sitzen! Wenn die Belieferung deutscher Fabriken mit Kohlen schleppend geworden ist, so liegt dafür der Grund darin, daß der größte Kohlenproduzent Europas, England, seit fast sechs Monaten ausfällt — aber das hat doch mit dem Hausbrand nur herzlich wenig zu tun. Namentlich bei den Braunkohlenproduzenten Mitteldeutschlands sind Riesenlager aufgestapelt und die Erzeugung bewegt sich in einem Tempo, daß alle Ansprüche rasch befriedigt werden können. Also nicht aus Kohlennot leben wir in einigen Gegenden von der Hand in den Mund, sondern der Kapitalmangel beim Verbraucher ebenso wie beim Groß- und Kleinhändler hindert vielerorts am Aufstapeln von Vorräten; wir wollen daher von Glück sagen, wenn die Abbeförderung der Kohlen von der Grube an die Verbrauchergebiete immer gut klappt. In manchen Großstädten sind keine Kohlenreserven vorhanden, aber wenn man nur bezahlen kann — Kohlen erhält man, soviel wie man verlangt. Erzeugen wir doch an Braunkohle jetzt beinahe das Doppelte der Vorkriegsförderung.

Bei der Steinkohlenförderung haben wir diese ebenfalls erreicht, finden aber für sie nur für die jetzige Zeit des englischen Bergarbeiterstreiks den vollen Absatz. Übrigens hat dieser Streik noch etwas anderes zur Folge gehabt, was der deutschen Kohlenwirtschaft eine gewisse Erleichterung verschafft hat: die Preise zogen etwas an und durch die Ausschaltung des englischen Grubenpreises als Maßstab für den Preis der Reparationslieferungskohlen wurde es möglich, bei diesen Reparationslieferungen, wie bekannt, ein anderes Verfahren als bisher einzuführen. Es sollen keine Zwangslieferungen mehr stattfinden — die bisher auf dem Wege über das Kohlensyndikat erfolgten und zu ständigen Preisstreitigkeiten führten —, sondern alles vollzieht sich auf dem Wege freier Vereinbarung zwischen dem betreffenden französischen Abnehmer und dem deutschen Lieferanten. Daneben hat der englische Streik ja schon längst die Wiedereröffnung der belgischen und der französischen Grenze für die deutsche Einfuhr erzwungen und diese Errungenschaft bleibt vorläufig, ohne daß wir bei Wiederkehr normaler Zustände an ein großes Kohlenausfuhrgeschäft nach jenen beiden Ländern glauben können. Leider bleibt daneben auch die lästige Maßnahme, daß auf die deutsche Kohlenausfuhr in Frankreich der 26prozentige Zuschlagszoll gelegt ist und gelegt bleibt. Der Ertrag dieses Zolles wird uns ja freilich genau so wie der der Kohlenlieferungen nur auf Reparationskonto verrechnet.

Gegenüber der guten Konjunktur in der festländischen Kohlenwirtschaft bedeutet es einen fast unheimlichen Gegensatz, wenn man in England den Verlust, der durch den Streik hervorgerufen worden ist, auf rund sechs Milliarden Goldmark beziffert. Das wäre ungefähr das Zwölffache dessen, was die Bergwerksbesitzer vom August 1925 bis zum 1. Mai 1926 an staatlichen Zuschüssen erhalten haben. Und man weiß in England auch ganz genau, daß über die Gesamtverlustsumme das letzte Wort noch längst nicht gesprochen ist; noch währt der Streik, wenn er auch nicht mehr den gewaltigen Umfang der vorigen Monate hat, und noch weiß man nicht, wann und wie man aus dieser schweren, allen Industriezweigen furchtbare Wunden schlagenden Krise herauskommen soll. Wohl finden wieder einmal Verhandlungen statt, aber die Erbitterung ist doch auf beiden Seiten so riesenhoch gewachsen, daß es fast so aussieht, als komme es nicht mehr auf ein Biegen, sondern nur noch auf ein Brechen an.

Die „Belga".

Die neue belgische Währung.

Belgien hat zur Stabilisierung seiner Währung eine Auslandsanleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar abgeschlossen. Dem Namen nach bleibt der Frank bestehen. Als Währungseinheit jedoch ist er zu klein, um bei der Abrechnung, insbesondere mit dem Ausland, verwendet zu werden. Daher wird vornehmlich für den Auslandsverkehr eine besondere Rechnungseinheit, die „Belga", geschaffen, die den Wert von 75 Goldcentimes = 5 stabilisierten Goldfrank darstellt. Wird diese Neuerung durchgeführt, so verschwindet der belgische Frank aus dem internationalen Wechselkurszettel; mit dem französischen Frank und dem Schweizer Franken hat der belgische nur noch den Namen gemein, der wohl nur aus Prestigegründen im Inland beibehalten wird.

Der Stabilisierungskurs wird 174,31 für die Parität des Pfundes Sterling betragen. Was die Statuten der Nationalbank anbetrifft, so wird man die Deckung in Gold oder goldgleichwertigen Devisen auf 40 % festsetzen, davon drei Viertel obligatorisch in Gold. An der Eröffnung der Kredite haben sich neun Emissionsinstitute beteiligt, nämlich die Reichsbank, die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Federal Reserve Bank, die Kaiserlich Japanische Bank, die Niederländische Bank, die Bank von Schweden, die Österreichische Nationalbank und die Bank von Ungarn.

Hindenburg weiht das Moltke-Zimmer ein.

Ein Moltke-Gedächtniszimmer im Reichsinnenministerium.

Hindenburgs Mahnung an die Jugend.

In den Räumen des früheren Großen Generalstabs, die jetzt vom Reichsinnenministerium benutzt werden, wurde in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichswehrministers, Generalleutnants Heye und anderer Offiziere der Moltke-Gedächtnissaal mit einer kurzen Feier eingeweiht und der Öffentlichkeit übergeben. Reichsinnenminister Dr. Külz ergriff als erster das Wort und sprach allen denen, die diese Stätte haben errichten helfen, vor allem dem Reichspräsidenten, seinen Dank aus. Er schilderte in kurzen Zügen Generalfeldmarschall v. Moltkes

Das Moltke-Zimmer.

unvergängliche Verdienste um das deutsche Volk und wies auf die Mahnung hin, die aus Moltkes Lebenswerk zu uns spreche, daß des deutschen Mannes wahre Rede die Tat sei. Denn die beste Idee könne ohne die Tat nichts werden. Von Moltke sei manche gewaltige Idee ausgegangen, aber seine ganze Arbeit sei immer auf die Tat eingestellt gewesen. Das solle allen, die für Volk und Vaterland sich einzusetzen berufen seien, als Vorbild leuchten. Generalleutnant Heye dankte im Namen der Reichswehr dem Reichsminister des Innern für die Schaffung des Moltke-Gedächtniszimmers, des Mannes, der niemals für seinen Ehrgeiz, sondern stets nur für einen höheren Zweck gearbeitet und gekämpft habe. Im Sinne dieses Schweigers der Tat werde die Reichswehr erzogen, um befruchtend zu wirken am deutschen Volk und den Wiederaufstieg Deutschlands zu fördern.

Sodann ergriff der Reichspräsident v. Hindenburg das Wort und begrüßte es mit Dank, daß diese Stätte, die für ihn voll vieler und schwerer Erinnerungen sei, dem Treiben des Tages entzogen, der Erinnerung und der Mahnung an das deutsche Volk geweiht werde. In den gleichen Räumen habe er über zehn Jahre unter Moltke gearbeitet und in dem zur Gedächtnisstätte bestimmten Raum dem Generalfeldmarschall des öfteren Vortrag gehalten. Hier habe er auch in den Jahren 1914 bis 1918 gewohnt, wenn er zu schwerwiegenden militärischen Beratungen nach Berlin kam. So sei dieser Raum für ihn erfüllt von vielen, zum Teil schweren Erinnerungen. Der Reichspräsident schloß mit dem Wunsche, daß vor allem unsere Jugend in der Erinnerung an den großen schweigsamen Denker die Kraft und die Fähigkeiten gewinnen möge, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken. Der Reichspräsident dankte dem Innenminister als dem Schöpfer der Erinnerungsstätte.

Die Ausstattung des Moltke-Zimmers

Über die Gestaltung des Moltke-Zimmers erfahren wir, daß es dieselben Räume sind, in denen Moltke nach dem Kriege 1870/71 gearbeitet hat, in denen er auch nach dem Jahre 1888 nach seiner Verabschiedung gewohnt hat und am 24. April 1891 gestorben ist. Im Jahre 1919, nach dem Weltkriege, wurde das Gebäude bekanntlich von dem Reichsinnenministerium bezogen. Die Anregung zur Einrichtung des Moltke-Gedächtniszimmers stammt von dem Reichsinnenminister Dr. Külz. Das Arbeitszimmer, ein einfacher und würdiger saalartiger Raum, zeigt in mehreren Kästen historische Dokumente, beginnend mit der Entlassung Moltkes aus dem dänischen Heeresdienst am 1. Januar 1819 bis zu seinem Todestage. U. a. liegen historische militärische Operationsentwürfe aus, aus der Schlacht von Königgrätz ein handschriftlicher Befehl Moltkes an den Führer der Elbarmee, Herwarth von Bittenfeld, das Dokument über die Kapitulation von Sedan, zwei Originalbriefe des alten Kaisers, nämlich das Dokument, in dem die Erhebung Moltkes in den Grafenstand ausgesprochen wird, und das Generalfeldmarschallspatent. Interessant ist auch der Entwurf einer nicht abgegangenen Beschwerde Moltkes über Bismarck aus dem Januar 1871. Besonders historische Kunstwerke stellen der von Menzel stammende Ehrenbürgerbrief der Stadt Berlin sowie die Ehrenbürgerbriefe der Städte München und Dresden und der in Blau gehaltene, mit Gold verzierte Feldmarschallsstab, ein Geschenk der Stadt Köln, dar. Von Menzel ferner ein Porträt Moltkes und eine Zeichnung des Feldstechers des Generalfeldmarschalls, nach der Menzelschen detaillierten Zeichnungsweise in allen kleinen Details ausgearbeitet. Auf dem Schreibtisch Moltkes liegen in Bronze die von Professor Lessing abgenommene Totenmaske und fein durchgearbeitet die gefalteten Hände.

Die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge im sozialpolitischen Ausschuß

Berlin, 26. Oktober. Der Unterausschuß des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages führte heute nachmittag die Generaldebatte über die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge zu Ende. Neben den grundsätzlichen Fragen, wie Erhöhung der Unterstützung, Verlängerung der Unterstützungsdauer, Bedürftigkeitsprinzip, wurden von verschiedenen Parteien Anträge über die Regelung von Einheiten gestellt. Die Sozialdemokraten beantragten eine Aenderung des § 7 der Erwerbslosenfürsorgeversicherung in der Form, daß die Leistungen der Wochenhilfe nicht mehr angerechnet werden dürfen. Sie beantragten ferner, die jugendlichen Erwerbslosen in die Erwerbslosenunterstützung einzubeziehen. Von demokratischer Seite wurde beantragt, die Unterstützungsdauer für alle Erwerbslosen bis zum 31. März 1927 zu verlängern. Bis dahin müsse das Arbeitslosenversicherungsgesetz verabschiedet sein. Der Vertreter der Reichsregierung legte an Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials die Wirkungen der Einführung von Lohnklassen dar. Der Ausschuß beschloß, in die Spezialberatung am Donnerstag nachmittag einzutreten.

Das englische Parlament vertagt.

London, 26. Oktober. Das Unterhaus ging heute nach Erneuerung der Ausnahmezustandsbestimmungen für den Bergbau bis zum Beginn der ordentlichen Tagung am 29. November wieder auseinander. Alle Arbeiterführer werden für Sonderkonferenz der Gewerkschaften am Mittwoch nächster Woche zur Erörterung der Frage einer allgemeinen Gewerkschaftsabgabe zwecks Unterstützung der Bergarbeiter wieder nach London zurückkehren.

Leningrad gegen Trotzki und Sinowjew.

Riga, 26. Oktober. Das Leningreder Parteikomitee hat eine Resolution gefaßt, in der es zum Kampf gegen den Trotzkismus und gegen Sinowjew auffordert. Sinowjew wird noch besonders das Mißtrauen ausgesprochen. Das Moskauer Parteikomitee hat 15 Parteimitglieder aus der Partei ausgeschlossen und 13 Mitgliedern eine öffentliche Rüge wegen Beteiligung an der Fraktionsarbeit ausgesprochen.

Die Frage der Militärkontrolle.

Frankreichs Wünsche beim Völkerbund.

Wie der „Daily Telegraph" erfahren haben will, überläßt die Botschafterkonferenz es dem Ermessen des Generals Walch und seiner Kollegen von der Interalliierten Kontrollkommission, irgendwelche weiteren Ermahnungen an das Reichswehrministerium in der Frage von Verstößen gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu richten. Man hofft durch diese Methode, das Aufsehen und die Erbitterung zu vermeiden, die eine formelle Note der Botschafterkonferenz in Deutschland und anderswo erregen würde.

Der Korrespondent meldet weiter: Der wirkliche Grund für die Abneigung der französischen Regierung gegen eine baldige Übertragung der Kontrolle an den Völkerbund sind weniger die fraglichen Verstöße als vielmehr die Entschlossenheit Poincarés und der französischen Heeresführer, kein Nachlassen der ständigen Kontrolle, die die Übernahme durch den Völkerbund zweifellos mit sich bringen würde, zu gestatten, bis die genauen Bedingungen der Völkerbundkontrolle in einer Frankreich befriedigenden Weise festgesetzt sind. Die Franzosen verlangen in dieser Beziehung eine alliierte Mehrheit in dem Völkerbundkontrollausschuß, häufigere und regelmäßigere Inspektionen, als bisher ins Auge gefaßt wurden, eine schärfere Kontrolle über die entmilitarisierte Rheinlandzone als über das übrige Deutschland und die Befugnis für den Völkerbundrat, Sanktionen durch Mehrheitsbeschluß und nicht nur durch einstimmigen Beschluß anzuordnen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF